

Vorlage Nr. 19/241-L
für die Sitzung der staatlichen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen
am 23.11.2016

„Branchendialog im Einzelhandel des Landes Bremen“

A. Problem

Der Einzelhandel ist gemessen am Beschäftigungsvolumen mit 20.526 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten die viertgrößte Branche im Land Bremen.¹ Der Anteil der Frauen ist dabei mit 71% (ca. 14.500 Beschäftigte) überdurchschnittlich hoch.²

Im standortgebundenen bzw. stationären Einzelhandel ist der Wettbewerbsdruck deutschlandweit u.a. unter dem Einfluss eines steigenden Marktanteils des Online-Handels, liberalisierten Ladenöffnungszeiten und Verkaufsflächenausweitungen außerhalb der Innenstädte und Stadtteilzentren zunehmend gestiegen.³

Nach Einschätzung der Arbeitnehmerkammer hat sich die Situation für die Beschäftigten im Bremer Einzelhandel im Zuge dieser Entwicklung erheblich verschlechtert. Die Arbeitnehmerkammer geht davon aus, dass im Einzelhandel eine zunehmende Zahl von Vollzeitstellen durch Teilzeit- und Minijobs ersetzt wurde, um die Personalstruktur zu flexibilisieren und Personalkosten zu senken. Ein erheblicher Anteil von Beschäftigungsverhältnissen sei nicht mehr existenzsichernd. Die Tarifbindung sinke und der Anteil von Niedriglohnempfängerinnen/-empfängern sei gestiegen.⁴

¹ Bundesagentur für Arbeit - Sonderauswertung Statistik-Service Nordost, in: *Salot*, Der Einzelhandel im Land Bremen, Immer weniger Vollzeit bei mäßigen Verdiensten, Arbeitnehmerkammer Bremen, KammerKompakt, Stand: 22.02.2016.

² Ebenda.

³ Vgl. z.B. BT-Drucks. 18/7325, Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Arbeitsbedingungen im Einzelhandel“ (BT-Drucks. 18/6933); Ver.di, Geschäftsbericht Bezirk Bremen-Nordniedersachsen 2010-2014, S. 73.

⁴ *Salot*, Tariffucht und Prekarisierung: Zur Situation des Einzelhandels in Bremen und Niedersachsen, S. 48 (50f./56) in: Gute Arbeit in Niedersachsen und Bremen, Bremen 2015.

Maßgebliche Parameter, wie Einkommensdaten und -entwicklung sowie die Verbreitung eigentlich atypischer Beschäftigungsverhältnisse im Bremischen Einzelhandel, stützen den Befund der Arbeitnehmerkammer. Mit einem durchschnittlichen Bruttomonatsverdienst von 2.507 EUR liegt das Einkommen einer/eines vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerin/Arbeitnehmers im Einzelhandel im Vergleich mit anderen Branchen, wie z.B. Baugewerbe, Verkehr und Lagerei oder Großhandel, an vorletzter Stelle im Land Bremen.⁵ Die Tarifbindung im Einzelhandel, insbesondere im Lebensmitteleinzelhandel, ist in den letzten Jahren gesunken.⁶ Beispielfhaft kann hier der Ausstieg von Branchengewichten wie Real oder auch Karstadt aus dem Flächentarifvertrag des Handelsverbandes Deutschland (HDE) benannt werden.⁷ Mit knapp 8.000 Minijobs und rund 10.500 Teilzeitbeschäftigten hat mehr als die Hälfte der Beschäftigten im Bremer Einzelhandel entweder eine Teilzeitstelle oder einen Minijob.⁸

Vor diesem Hintergrund hat sich die Bremer Regierungskoalition das Ziel gesetzt, einen Branchendialog zu führen, der die Situation der Beschäftigten im Einzelhandel zum Gegenstand hat:

„Der Einzelhandel und das Hotel- und Gaststättengewerbe sind Branchen mit geringer Tarifbindung und oft schwierigen Arbeitsbedingungen. Hier wollen wir uns im Rahmen von sogenannten Branchendialogen gemeinsam mit Gewerkschaften und Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern für eine Verbesserung der Situation der Beschäftigten stark machen.“⁹

⁵ Statistisches Landesamt Bremen, Statistische Berichte, Die Arbeitnehmerverdienste im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich im Land Bremen, 3. Quartal 2015.

⁶ Ver.di, Geschäftsbericht Bezirk Bremen-Nordniedersachsen 2010-2014, S. 73; *Specht*, Auf dem Weg zum Zwangskollektiv, in: Handelsblatt, 07.04.2016; *Schultz*, Handel drückt Lohnkosten massiv, in: Manager Magazin, <http://www.manager-magazin.de/unternehmen/handel/tarifvertrag-im-einzelhandel-betriebe-druecken-lohnkosten-a-1038363.html>, Stand: 05.10.2016.

⁷ N-TV, Preis für Bestandsgarantien, Real-Mitarbeiter schlucken Kröte, <http://www.n-tv.de/wirtschaft/Real-Mitarbeiter-schlucken-Kroete-article17842786.html>, Stand: 05.10.2016; Spiegel Online, Karstadt steigt aus dem Flächentarifvertrag aus, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/kriselnder-kaufhauskonzern-karstadt-steigt-aus-flaechentarifvertrag-aus-a-899562.html>, Stand: 05.10.2016.

⁸ Bundesagentur für Arbeit - Sonderauswertung Statistik-Service Nordost, in: *Salot*, Der Einzelhandel im Land Bremen, Immer weniger Vollzeit bei mäßigen Verdiensten, Arbeitnehmerkammer Bremen, KammerKompakt, Stand: 22.02.2016.

⁹ Vereinbarung zur Zusammenarbeit in einer Regierungskoalition für die 19. Wahlperiode der Bremischen Bürgerschaft 2015 – 2019, http://www.spd-land-bremen.de/Binaries/Binary_13418/Koalitionsvereinbarung_2015...pdf, Stand: 05.10.2016.

B. Lösung

SWAH setzt unter Federführung der Abteilung Arbeit den Branchendialog im Einzelhandel um.

Das Thema Einzelhandel soll nicht nur isoliert in Bezug auf Beschäftigungsbedingungen, sondern ganzheitlich betrachtet und insbesondere unter Berücksichtigung wirtschaftspolitischer Aspekte analysiert werden. Auch Fragen der Stadtentwicklungsplanung und gesundheitspolitische Gesichtspunkte (Ladenöffnungszeiten) können Berücksichtigung finden. In diesen Fällen werden die zuständigen Ressorts einbezogen.

Der Branchendialog im Einzelhandel wird zunächst als Pilotprojekt geführt. Die gesammelten Erfahrungen werden bei der Umsetzung eines Branchendialoges im Hotel- und Gaststättengewerbe genutzt.

Dialogpartner im engeren Sinn sind die Vertreter/innen von Arbeitgebern/innen (Handelsverband Niedersachsen-Bremen e.V. und Handelsverband Nord-West e.V.) und Arbeitnehmern/innen (Ver.di) sowie der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, der den Prozess auch organisiert.

Die Dialogpartner ziehen nach Absprache Dritte (Betroffene/Sachverständige) zur Erörterung einzelner Themen hinzu (erweiterter Kreis). Im erweiterten Kreis ist die ZGF stets zu berücksichtigen. Bremerhaven soll durch den Magistrat und die Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH (BIS) vertreten sein. Außerdem sollen insbesondere Arbeitnehmerkammer, Wirtschaftsförderung Bremen GmbH (WFB), einzelne Betriebsräte oder auch Vertreter von Stadtteilinitiativen in den erweiterten Kreis einbezogen werden.

Der Dialog wird im Jahr 2017 geführt. Geplant sind insgesamt 3 Veranstaltungen.

Folgende Themen sollen Gegenstand des Branchendialoges sein:

- „Einzelhandel im Umbruch“ (Themenvorschlag Handelsverband Nord-West e.V.)
- „Tarifbindung und Mitbestimmung“ (Themenvorschlag SWAH)
- „Qualifizierung, Weiterbildung, Fachkräftegewinnung und -erhaltung“ (Themenvorschlag Verdi)

Sinn und Zweck des Branchendialoges sind die Aufnahme eines Gesprächsfadens, der Austausch von Informationen und Sichtweisen sowie die Auslotung von Handlungsoptionen. Unmittelbares Ziel des Dialoges ist es dagegen nicht, konkrete Vereinbarungen zu bestimmten Punkten (etwa: Absprache eines Verfahrens zur Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit des Entgelttarifvertrages) zu erreichen.

Nach Abschluss des Dialogverfahrens wird der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen der Deputation über Verlauf und Ergebnisse des Branchendialoges berichten.

C. Finanzielle und personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Kosten des Branchendialoges (insbesondere für Raummiete, Anreise von Referenten, Getränke) werden im Haushaltsjahr 2017 aus dem Produktplan 71 – Wirtschaft bereitgestellt.

Personalwirtschaftliche Auswirkungen der Lösungsvorschläge sind nicht zu erwarten.

Die Vorlage hat Genderrelevanz aufgrund der statistischen Überrepräsentanz von Frauen unter den Beschäftigten des Einzelhandels. Daher wird die Bremische Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau (ZGF) im Rahmen des erweiterten Kreises in den Branchendialog einbezogen.

D. Negative Mittelstandsbetroffenheit

Die Prüfung nach dem Mittelstandsförderungsgesetz hat keine qualifizierte (negative) Betroffenheit für kleinste, kleine und mittlere Unternehmen ergeben.

E. Beschluss

1. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen nimmt die Planung für den Branchendialog Einzelhandel im Land Bremen zur Kenntnis.
2. Die staatliche Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen überweist die Vorlage zur Kenntnisnahme an den Ausschuss für die Gleichstellung der Frau.